

zahlreichen antisemitischen Vorkommnisse im polnischen Alltagsleben aus. Seine insgesamt positive Bewertung der polnischen Minderheitenpolitik ist besonders darauf zurückzuführen, daß er sich zu sehr auf die Gesetzeslage konzentriert, ohne deren Verwirklichung im Alltagsleben zu überprüfen.

P. L e ś n i e w s k i schildert die drei oberschlesischen Aufstände zwischen 1919 bis 1921, die die Abtrennung Oberschlesiens vom Deutschen Reich herbeiführen sollten. Vor allem anhand von Archivmaterial aus Großbritannien arbeitet er die Bedeutung heraus, die das Schicksal der Region für die europäische Nachkriegsökonomie hatte und die das Interesse der westlichen Mächte an den Aufständen sowie am 1921 abgehaltenen Plebiszit maßgeblich beeinflusste. J. B a t e s zeichnet nach, wie aus den unterschiedlichen rechtlichen Bestimmungen in den drei ehemaligen Teilungsgebieten ein einheitliches Presserecht entstand, das von den Regierenden immer stärker zur Kontrolle und Beeinträchtigung der politischen Gegner instrumentalisiert wurde. Vor allem seit dem Staatsstreich im Jahr 1926 durch Piłsudski bediente sich dessen politisches Lager eines Systems umfassender administrativer Kontrolle, welche das verfassungsmäßige Recht auf Pressefreiheit zusehends aushöhlte. A. S u c h c i z stellt schließlich die Verteidigungsmaßnahmen zusammen, die Polen in Erwartung eines deutschen Angriffs seit dem Frühjahr 1939 unternahm. Er zeichnet ein eindringliches und bedrückendes Bild von der Lage, in der sich Polen am Vorabend des Zweiten Weltkriegs befand. Angesichts der deutschen Übermacht mußte es vor allem darum gehen, den Zusammenbruch der polnischen Armee bis zum erwarteten Eingreifen der westlichen Alliierten hinauszuzögern. Indem er die Einschätzungen der polnischen Armeeführung mit denen der Alliierten kontrastiert, kann er demonstrieren, wie sehr sich die Bewertungen der Lage und der Kriegsziele in diesen beiden Lagern unterschieden.

Abgeschlossen wird der Band mit einem Verzeichnis der wichtigsten polnischen Amtsträger der Zweiten Republik, einer Zeittafel zur Zwischenkriegszeit sowie einer Auswahlbibliographie englischsprachiger Überblicksdarstellungen zu jener Epoche. Der Leser erhält einen guten Überblick über den angelsächsischen Forschungsstand sowie über die dortigen Forschungsinteressen, die jedoch eher konventioneller Natur sind. Eine stärkere Bezugnahme auf die im gegenwärtigen Polen betriebenen Forschungen zur Zweiten Republik hätte gezeigt, daß dort bereits die Aufarbeitung vieler der in den vierzig Jahren der Volksrepublik totgeschwiegenen bzw. verzerrt dargestellten Themen in Angriff genommen wurde.

Leipzig

Claudia Kraft

Albert S. Kotowski: Hitlers Bewegung im Urteil der polnischen Nationaldemokratie. (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund, Bd. 28.) Harrassowitz Verlag. Wiesbaden 2000. VIII, 298 S. (DM 70,—.)

Obwohl die sog. Nationaldemokratie eine der größten und einflußreichsten polnischen politischen Strömungen in der Zwischenkriegszeit war, fand die Geschichte dieser Bewegung in der deutschen Literatur bisher sehr geringe Beachtung. Die Monographie von A. S. K o t o w s k i ist in der deutschen Geschichtsschreibung der erste Versuch, dieses wichtige Thema aufzugreifen.

Der Autor beschreibt die Entwicklung der polnischen Nationaldemokratie von den Anfängen der Bewegung bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Es ist ihm gelungen, die Geschichte der Bewegung und v. a. den ideologischen Wandel kurz und übersichtlich darzustellen; dabei stützte er sich auf die umfangreichen Forschungsergebnisse polnischer Autoren.

Die Abhandlung konzentriert sich auf die Einstellung der nationaldemokratischen Bewegung zur NSDAP und zum Dritten Reich. Die Gegner der Nationaldemokratie

warfen ihr vor, die faschistische Ideologie nachzuahmen. Während man in der Tat eine gewisse Verwandtschaft zum italienischen Faschismus – besonders bei der jüngeren Generation der polnischen Nationalisten in den 1930er Jahren – feststellen kann, bezeichnet K. die Einstellung der polnischen nationaldemokratischen Bewegung zum Nationalsozialismus als „Haßliebe“. Der polnische Nationalismus als Ganzes war zu katholisch und zu klerikal, um die Hauptelemente der NS-Ideologie billigen zu können. So wurden z. B. die NS-Kirchenpolitik und das Neuheidentum der NSDAP von der großen Mehrheit der nationaldemokratischen Publizisten kritisiert. Obwohl die Nationaldemokraten – als Antisemiten – die antijüdische Politik der nationalsozialistischen Machthaber grundsätzlich begrüßten, konnten sich die polnischen Nationalisten die Rassendoktrin als ideologische Begründung des Antisemitismus nicht zu eigen machen.

Obgleich der Nationalsozialismus in nationaldemokratischen Kreisen „am Anfang als eine verwandte Nationalbewegung betrachtet“ wurde (S. 40), wuchsen im Laufe der Zeit die Vorbehalte. Die Mehrheit der Nationaldemokraten lehnte die totalitäre Diktatur und das Führerprinzip ab. Selbstverständlich gab es unterschiedliche Einstellungen zwischen den verschiedenen nationaldemokratischen Publizisten (es gab innerhalb der Bewegung auch Anhänger des Totalitarismus), und die meisten von ihnen relativierten bald ihre ursprünglich eher positive Einschätzung des Dritten Reiches. Der entscheidende Faktor blieb jedoch die traditionell deutschfeindliche Gesinnung der polnischen Nationalisten. Die Mehrzahl der Nationaldemokraten beobachtete dazu mit Besorgnis die expansive nationalsozialistische Außenpolitik.

Trotz einiger Wiederholungen und (unbedeutender) Fehler ist die quellennahe Studie ein wertvolles und informatives Werk über den polnischen Nationalismus. Als sehr nützliche Ergänzung ist der Abhandlung eine Auswahl von einschlägigen Texten beigegeben, die der nationaldemokratischen Presse und Publizistik entnommen sind.

Posen/Poznań

Stanisław Żerko

Bogdan Musiał: Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939–1944. (Deutsches Historisches Institut Warschau. Quellen und Studien, Bd. 10.) Harrassowitz Verlag, Wiesbaden 1999. XI, 435 S., Kte., 11 Tab. (DM 58,—.)

Bogdan Musiał ist einer breiteren Öffentlichkeit als Historiker bekannt geworden, seit er gravierende Fehler der Wehrmacht-Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung aufdeckte. In seiner Hannoveraner Dissertation analysiert er die Beteiligung der deutschen Zivilverwaltung an der nationalsozialistischen ‚Endlösung der Judenfrage‘ im Generalgouvernement. Das monströse Projekt untersucht M. auf der Basis deutscher und polnischer Archivalien sowie von Zeitzeugenbefragungen und Memoiren. Besonderes Augenmerk finden Einzeltäter wie der deutsche Generalgouverneur Hans Frank oder der SS- und Polizeiführer in Lublin, Odilo Globocnik.

M.s. wesentliche Leistung besteht darin, am Beispiel des Distrikts Lublin und für die Gruppe der mittleren Verwaltungsbeamten die rassenideologischen, wirtschaftlichen und politischen Beweggründe für den Massenmord aufzudecken. Der Vf. bestätigt den Befund der Holocaust-Forschung von der schrittweisen Genese der ‚Endlösung‘ und zeigt, wie in einem komplizierten Behördengeflecht die ‚Judenpolitik‘ von der Ausgrenzung zum Massenmord eskalierte. Sein Interesse gilt in diesem Zusammenhang vor allem den Gouverneuren sowie den Kreis- und Stadthauptleuten. Dem Leser wird vor Augen geführt, wie mittelmäßige, im Reich häufig zu kurz gekommene Beamte als ‚Herrenmenschen‘ ein selbstherrliches Regime ausübten und in ihrem Machtbereich den Judenmord unter ökonomischen, siedlungstechnischen, hygienischen oder weltanschaulichen Gesichtspunkten mit organisierten. M. verfolgt die Isolierung und Entrech-